

24 Stunden am Tag, 365 Tage im Jahr im Dienst

Patrick Gauthier, Verbindungsbeamter der französischen Gendarmerie in Basel, wird im April pensioniert



Viele Kontakte geknüpft. Der Gendarm Patrick Gauthier auf der Basler Mittleren Brücke. Foto Henry Muchenberger

PETER SCHENK

Über elf Jahre hat der Gendarm Patrick Gauthier (56) im Basler Spiegelhof die Kontakte zwischen Nordwestschweizer und französischen Polizei- und Grenzschutzbehörden hergestellt und den Informationsaustausch effizienter gestaltet.

Im April ist Schluss und Patrick Gauthier bedauert das. «Ich hätte gerne weitergemacht, aber das ist nicht möglich. Die Gendarmerie hat den gleichen Status wie das Militär und untersteht dem französischen Innenministerium. Auf den 57. Geburtstag wird man pensioniert und es gibt keine Ausnahmen.»

Gauthier arbeitet seit Oktober 1999 im Basler Spiegelhof als Verbindungsbeamter der französischen Gendarmerie. Hauptaufgabe: Die Kontakte zwischen Polizei und Grenzschutz in der Nordwestschweiz und Frankreich herzustellen und den Informationsfluss zu verbessern. So steht der Gendarm als Auskunftsperson den Behörden in Basel-Stadt, Baselland, Jura und Solothurn sowie den Grenzschutzkorps Basel und Porrentruy zur Verfügung – Gauthier hat ein

Schweizer Pendant, denn in Colmar arbeitet ein Basler Kollege als Verbindungsbeamter. Im Laufe der Jahre hat sich bei der Justiz herumgesprochen, dass Gauthier einen guten Job macht, denn regelmässig wird er auch von Staatsanwälten und Untersuchungsrichtern um Hilfe gebeten.

ANRUF IN SÜDFRANKREICH. Die Anrufer stossen nicht auf taube Ohren, selbst wenn Patrick Gauthier in den Ferien ist, geht er ans Handy und versucht zu helfen. «Einmal stand ich in der Abfertigungsschleife eines südfranzösischen Flughafens, als ein Anruf kam, weil ein Spaziergänger aus der Schweiz auf der Landkron eine Leiche gefunden hatte. Ich habe die Gendarmerie in Hagenthal informiert, die sich dann darum gekümmert hat. Was ich telefonisch erledigen kann, mache ich – auch wenn ich weg bin.» Ein andermal stand er auf dem Wochenmarkt in Sanremo, als eine Anfrage aus dem Raum Basel kam, weil man die Leiche eines in Frankreich wohnenden Mannes gefunden hatte, der vom Zug erfasst worden war. Auch da hat er geholfen.

Die Anrufer abzuweisen, weil er in den Ferien ist, kommt Gauthier nicht in den Sinn. «Das liegt nicht in meiner Natur – ich habe das nicht übers Herz gebracht. Ich bin meinen Leuten diesen Service schuldig.» Diese Einstellung, von der seine Frau nicht immer begeistert ist, rührt auch von der Ausbildung her, die Gauthier 1974 nach seinem Militärdienst absolviert hat. «Damals wurde uns eingebläut, dass ein Gendarm 24 Stunden am Tag und 365 Tage im Jahr im Dienst ist.»

BEZIEHUNGSNETZ. Im Schnitt arbeitet er 60 Stunden die Woche, die Wochenenden nicht eingerechnet. Einmal kam nachts um halb zwei ein Telefon aus Basel, weil einem inhaftierten Tamilen eingefallen war, dass seine zwei Kinder in Frankreich alleine zu Hause waren. Gauthier konnte über eine Untersuchungsrichterin in Mulhouse und die Polizei in Saint-Louis innerhalb von einer Stunde organisieren, dass die drei- und sechsjährigen Kinder abgeholt und in Obhut genommen wurden.

Innerhalb der gut elf Jahre in Basel ist es ihm gelungen, ein

dichtes Beziehungsnetz aufzubauen. «Da drin ist eine Fülle von Telefonnummern», sagt er und zeigt auf sein Handy.

DEUTSCHKENNTNISSE. Patrick Gauthier hat die ersten 20 Jahre seines Lebens in Deutschland verbracht. «Mein Vater arbeitete zuerst im Saarland und dann in Freiburg im Breisgau für das Ausserministerium. Meine Mutter ist Deutsche. Ich bin in Freiburg bis zur mittleren Reife in eine französische Schule gegangen.» Nach diesen zehn Jahren Schule machte er in einem Kaufhaus eine Lehre als Detailhändler und lernte in dieser Zeit auch seine Frau, eine Freiburgerin, kennen. Das Paar hat zwei erwachsene Söhne und wohnt derzeit in Mulhouse.

Ursprünglich hatte das Kaufhaus ihm für die Zeit nach dem Militärdienst eine Stelle als Abteilungsleiter angeboten. Der kontaktfreudige Gauthier aber suchte einen Job, bei dem er noch mehr Menschen kennenlernen konnte. «Der Vater meiner Frau war Polizist und hat mir damals geraten, doch zur Polizei zu gehen.» So landete Gauthier bei der Gendarmerie und hat

diese Entscheidung bis heute nie bereut.

In seiner Karriere bei der Gendarmerie haben seine sehr guten Deutschkenntnisse stets eine wichtige Rolle gespielt. Sie führten ihn über Ferrette im Elsass nach Donaueschingen im Schwarzwald, wo die Gendarmerie aufgrund der Präsenz der französischen Armee stationiert war und wo er Deutsch mit Fachgebiet Polizeidienstkunde unterrichtete und auch für das Sprachlabor zuständig war. Auch in Freiburg und Strassburg war er in Sprach-Ausbildungszentren tätig und nahm ausserdem an hochrangigen Treffen zu Themen wie der Schaffung eines Eurokorps teil.

GUT AUFGENOMMEN. 1999 hatte Gauthier sich für Tätigkeiten im gemeinsamen Zentrum der deutsch-französischen Polizei- und Zollzusammenarbeit in Offenbourg, das sich heute in Kehl befindet, und für Europol in Den Haag beworben. Aber kurzfristig sollte alles anders kommen. Der Chef der Gendarmerie im Elsass bat ihn, stattdessen in Basel die Zusammenarbeit mit der Schweiz aufzubauen. «Ich habe

mir Bedenkzeit ausbedungen, mit meiner Frau gesprochen, nach einer Stunde zurückgerufen und zugesagt. In unserem Metier muss man schnell entscheiden können.»

Wie wichtig die Gendarmerie die neue Stelle nahm, zeigt sich darin, dass Gauthier schon zwei Monate nach dem Anruf im neuen Job begonnen hat. «Ich habe zuerst die Werbetrommel in Frankreich gerührt, und im Oktober 1999 bin ich das erste Mal mit meinem Dienstwagen über die Grenze zum Spiegelhof gefahren», erzählt Gauthier und erinnert sich: «Es hat von Anfang an geklappt und ich bin gut in Basel aufgenommen worden.» Sorgen hatte er sich sowieso keine gemacht: «Ich weiss, wie man Kontakte herstellt.»

Gauthier, der mit seinen Basler Kollegen bei Anlässen wie der Herbstmesse oder der Euro 2008 in seiner französischen Uniform auf gemeinsame Streife geht, hat in den ganzen Jahren nicht eine negative Bemerkung von der Basler Bevölkerung gehört.

AUTODIEB. Am meisten mitgenommen in den Jahren in Basel hat ihn, als ein französischer Autodieb im August 2001 von Basler Polizisten kurz hinter der Grenze in Frankreich erschossen wurde. «Da habe ich gebibbert, dass sich das negativ auf die Zusammenarbeit auswirkt. Aber es war eher das Gegenteil der Fall, weil wir gesehen haben, dass wir bei allen Unterschieden letztlich auf beiden Seiten der Grenze die gleichen Probleme haben.»

Gauthier zieht eine sehr positive Bilanz seiner Jahre in Basel, und wenn die Kooperation derzeit gut funktioniert, dann ist das mit Sicherheit auch sein Verdienst. Ein wenig schwierig sei es aber immer in der Weihnachtszeit gewesen, wenn er spürte, dass er als einzelner Vertreter der Gendarmerie in kein Team integriert war und zumindest in dieser Zeit fast schon ein Schattendasein fristete.

Im Februar kommt seine Nachfolgerin, die aus Lothringen stammt und wie er gut Deutsch spricht. Gauthier wird sie noch einarbeiten, aber da er noch fünf Wochen Ferien zu beziehen hat, ist bald Schluss. Was folgt, weiss er noch nicht so genau. Es würden Verhandlungen laufen, aber er lässt wissen: «Ich bin weiterhin offen für Vorschläge.»

Positive Grundhaltung zu Migranten

Sozialdemokraten haben elf Vorstösse zur Integration eingereicht

PATRICK KÜNZLE

Die Partei möchte, dass Neuzuzüger rascher Deutsch lernen und besser in die Schulen integriert werden.

Das Thema Integration ist momentan ein Tummelfeld fast aller politischer Akteure und Parteien im Kanton. Nur ein paar Beispiele: Regierungspräsident Guy Morin (Grüne) will das Integrationsleitbild überarbeiten, die bürgerlichen Parteien planen zwei Volksinitiativen zum Thema Integration und die Grünliberalen lancierten Anfang Januar sechs parlamentarische Vorstösse.

Nun meldet sich die Sozialdemokratische Partei mit konkreten Anliegen: Sie präsentierte gestern elf integrationspolitische Vorstösse.

Migration sei in erster Linie eine Bereicherung, betonte Fraktionschefin Tanja Soland. «Es gibt zwar Probleme, aber im Grossen und Ganzen funktioniert das Zusammenleben bei uns gut.» Die politischen Vorstösse der SP orientierten sich daher an der «positiven Grundhaltung» gegenüber Migrantinnen und Migranten.

Einem der zentralen Anliegen der Partei ist eine gute Integration von Zuwanderern «von der ersten Stunde an». In diese Richtung zielen denn auch mehrere Vorstösse.

WILLKOMMEN SEIN. So fordert Grossrat Mustafa Atici (SP) mit einem parlamentarischen Anzug, dass Neuzuzüger dazu animiert werden, möglichst rasch Deutsch zu lernen – mit günstigen oder kostenlosen Sprachkursen. Auch die Neuzuzügeranlässe, die heute gemäss Atici mässig besucht seien, sollten attraktiver gestaltet werden – unter Einbezug der Migrantenorganisationen. «Es geht um eine Kultur des Willkommenseins statt der Ausgrenzung», sagte Grossrätin Ursula Metzger.

Mit einem weiteren Vorstoss regt Atici eine Absichtserklärung zur Zusammenarbeit zwischen Schule und Eltern an. Damit sollen die Rechte und Pflichten von beiden Parteien festgelegt werden. Ein Zusammenschluss von Politikern mit Migrationshintergrund aus verschiedenen Kantonen hat bereits eine Mustervorlage für eine solche Absichtserklärung entworfen. Atici wünscht, dass der Regierungsrat diese Mustervorlage prüft. Er ist überzeugt, dass sich mit einem solchen Instrument Konflikte vermeiden liessen wie jener um muslimische Mädchen, die aus religiösen Gründen dem Schwimmunterricht fernbleiben. In weiteren Vorstössen fordert die SP unter anderem ein erleichtertes Einbürgerungsverfahren, die Herabsetzung der kantonalen Einbürgerungsgebühren, ein Schulfach «Geschichte der Religionen» und einen besseren Zugang von Migranten zu Wohngenossenschaften.

«Teil des Sturmlaufs gegen die rot-grüne Finanzpolitik»

SP und Grüne gegen obligatorisches Finanzreferendum

PATRICK MARCOLLI

Die bürgerliche Initiative «für ein griffiges Finanzreferendum» sei überflüssig und irreführend, sagen die rot-grünen Parteispitzen.

Eine eigene Kampagne wollen die rot-grünen Parteien nicht starten. Mit der gestrigen Pressekonferenz aber demonstrierten die Parteispitzen von SP und Grünem Bündnis, dass sie sich entschlossen gegen die Initiative für ein obligatorisches Finanzreferendum, die am 13. Februar im Kanton Basel-Stadt zur Abstimmung kommt, zur Wehr setzen wollen.

«Die bestehenden Instrumente reichen vollkommen aus», sagte SP-Präsident Martin Lüchinger. 2000 Unterschriften für ein Referendum zu sammeln, wie dies heute nötig ist, sei «der richtige demokratische Weg». Auch BastA!-Chef Urs Müller betonte, dass «Unterschriften sammeln zur direkten Demokratie gehört».

Die Bürgerlichen wollten mit dem Begehren kein neues Volksrecht, sondern ein Parlamentarierinstrument schaffen, meinte SP-Fraktionspräsidentin Tanja Soland. Laut der Initiative werden neue Ausgaben von über drei Millionen Franken, die keine Vierfünftelmehrheit im Grossen Rat gefunden haben, automatisch dem Volk vorgelegt.

GEGENVORSCHLAG BEVORZUGT. Jürg Stöcklin, Präsident der Grünen, bezeichnete das Begehren als «Teil des Sturmlaufs gegen die rot-grüne Finanzpolitik». Dies werde unter dem Motto «mehr Demokratie» verkauft, dabei gehe es nur um das Recht einer kleinen Minderheit. Auf jeden Fall sei der Gegenvorschlag mit 34 Grossräten als Referendumsquorum und einer Ausgabenmindesthöhe von 4,5 Millionen Franken der Initiative vorzuziehen.